



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834 - 33
Fernschreiber 0586890

P/XIII/228 - 7. Oktober 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Zum Auftakt einer notwendigen Auseinandersetzung Von Waldemar von Knoeringen Stellvertretender Vorsitzender der SPD	84
3 - 4	Amerika vor einem Ruck nach links? Von unserem USA-Korrespondenten	102
5 - 6	Erhöhung des Milchpreises Eine unverständliche Entscheidung	77
7 - 8	Sagt die CDU wieder "Nein"? Berliner SPD-Antrag - ein Prüfstein des guten Willens	69

* * * * *
* * *

Zum Auftakt einer notwendigen Auseinandersetzung

Von Waldemar von Knoeringen,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Das Feld für die geistige Auseinandersetzung ist betreten. Die beiden Parteien der Bundesrepublik, die um die Gestaltung der politischen Zukunft unseres Volkes ringen, beziehen ihre Position. Es geht um die Grundlagen einer Politik, die in der Zeit eines Überganges zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung bestimmend sein soll.

Es war bisher schwierig, mit der CDU/CSU eine grundsätzliche Auseinandersetzung zu führen, denn sie vermied es ängstlich, sich konkreter zu diesen Fragen zu äußern. Wenn sie sich dennoch zu einer Aussage gezwungen sah, zog sie sich auf das christliche Bekenntnis zurück. Im Übrigen war ihre Politik pragmatisch und restaurativ. Das erweist sich deutlich genug durch die Freigabe des Ahlener Programms, jener längst aufgegebenen schüchternen Versuch einen Schritt nach vorwärts zu tun.

Für den Parteitag der CDU/CSU in Kiel war nun angekündigt, daß man sich dort ernsthaft mit dem Gesellschaftsbild unserer Zeit auseinandersetzen werde. Das Referat Dr. Gerstenmaiers wurde daher mit Spannung erwartet. Umso größer war dann die Enttäuschung. Sein zaghafter Versuch der Standortbestimmung der CDU ist mißlungen. Nicht nur, daß er mit seiner Theorie von den erreichten Grenzen des sozialen Rechtsstaates von sozialpolitischen Flügel seiner Partei erheblichen Widerstand zu spüren bekam, auch sein Bemühen, die Anschauungen eines veralteten Liberalismus wieder zu restaurieren, ist daneben gegangen. Sofort zeigte sich das heute noch verdeckte Spannungsfeld, das zwischen Vertretern der katholischen Soziallehre und evangelischen Neoliberalen besteht.

Worin jedoch Gerstenmaier sowohl mit Adenauer als auch mit Erhard übereinstimmt, ist die Orientierung auf das Materielle. Die Formel von der "Neubildung und Streuung des Eigentums" erscheint als Wunderlösung für die bedrohliche Zusammenballung wirtschaftlicher Macht. Im übrigen ging der Parteitag, besonders das Referat Gerstenmaiers, völlig an dem Gesellschaftsproblem unserer Zeit vorbei. Es fehlte die Einsicht, daß die Freiheit der Persönlichkeit im Zeitalter der hochentwickelten technischen Zivilisation nur dann eine Chance hat, wenn es gelingt, das mitverantwortliche und gesellschaftliche Bewußtsein des Menschen zu leben, daß also die Fragen der Erziehung und Bildung heute im Vordergrund aller Gesellschaftspolitik zu stehen haben.

Zu dieser Erkenntnis ist die CDU noch nicht gelangt. Sie bleibt in einem primitiven Neo-Materialismus stecken, den sie mit einem liberalen und pseudochristlichen Aufguß versieht. Hier wird sich die Auseinandersetzung zwischen den großen Parteien besonders im Hinblick auf ihre praktische Politik entwickeln. Die CDU versucht, die Enge ihres konservativen Standortes zu erweitern, stößt aber dabei nicht in das Neuland vor, sondern bleibt bei überlebten Formeln stehen.

Die CDU hat nicht begriffen, welche Stunde für unser Volk geschlagen hat. Sie glaubt immer noch, daß die liberalistischen Parolen Friedrich Naumanns oder vielleicht sogar einige Volksaktienpapiere ausreichen werden, um die technische und gesellschaftliche Dynamik zu bändigen, die die Zeit der zweiten industriellen Revolution bestimmt. Die CDU hat nicht begriffen, daß in unseren Tagen eine Veränderung der Welt vor sich geht, deren Ausmaß selbst kühne Propheten nicht vorauszusagen wagen. Kernenergie, Automation und Elektronik bestimmen das Tempo der industriellen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Dieser Prozeß kann in den Abgrund führen, in die physische Vernichtung oder in die unmenschliche Barbarei der Massengesellschaft, in der der einzelne Mensch zum bloßen Objekt wird.

Wenn die Antwort auf die Gefahr des Auseinanderklaffens der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung und des mitverantwortlichen menschlichen Bewußtseins "Keine Experimente" heißt, dann sind wir verloren. Wir müssen den Mut haben, der Größe der Gefahr durch die Entschlossenheit unseren politischen Handelns zu begegnen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat seit ihren aufrüttelnden Mahnungen auf dem Parteitag in München einen neuen Schwerpunkt ihrer Politik gebildet. Die SPD ruft auf zu einer Mobilisierung aller intellektuellen, moralischen und geistigen Kräfte unseres Volkes, um der Entwicklung zum rein materialistischen Denken wirkungsvoll begegnen zu können. Sie hat ihre Forderungen und Appelle auf ihrem letzten Parteitag in Stuttgart erneuert und verstärkt. Mit dieser Entschlossenheit steht die Sozialdemokratie heute nicht mehr allein. Die zunehmende Einsicht immer größerer Kreise, der Forscher und Wissenschaftler, der Lehrer und der Elternschaft, ja auch der Wirtschaft und der Technik hat dazu geführt, daß neue, alle parteipolitischen Gruppierungen überschneidende und sprengende gesellschaftliche und politische Kräfte dieses Anliegen der Sozialdemokratie unterstützen. Es sind die, die erkannt haben, daß nur eine gewaltige Anstrengung auf dem Gebiet der Forschung und Wissenschaft, der Erziehung und Bildung uns physisch, vor allem aber geistig und seelisch, wird überleben lassen.

Die Sozialdemokratische Partei wird zum Kristallisationspunkt dieser Bemühungen werden. Ihr gehört die Zukunft. Sie kommt, und in der Stunde der Not, wenn die Folgen des Versagens eines den Materialismus verfallenden konservativen Denkens offenbar werden, dann wird sie da sein.

Amerika vor einem Ruck nach links?

Von unserem USA-Korrespondenten

Nicht der Konflikt mit Peking steht im Mittelpunkt des Interesses der amerikanischen Öffentlichkeit, wem man den letzten Gallup-Folls und anderen ähnlichen Erhebungen der letzten Wochen trauen darf, auch nicht die geschlossenen Schulen in Little Rock und einigen anderen Städten des Südens, die die Bitterkeit des Rassenkampfes und des Kampfes für und gegen Rassegleichheit im südlichen Teil der USA demonstrieren. An der Spitze der Sorgen und Themen, die Amerikas "kleinen Mann auf der Straße" beschäftigen, steht die Tatsache, daß es im Lande immer noch 4,6 Millionen Arbeitslose gibt, das sind ziemlich genau zwei Millionen mehr als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, und daß vom Tiefpunkt der Rezession Anfang dieses Sommers die Arbeitslosigkeit nur um etwas mehr als eine Million abgenommen hat.

Die Rezession ist vorbei und vorüber, erklären Regierungssprecher und amtliche Statistiken unaufhörlich dem amerikanischen Volk, und das gleiche wiederholen Tag für Tag die Leitartikel aller Zeitungen. Sie haben an sich durchaus recht; die Geschwindigkeit, mit der die amerikanische Wirtschaft den Rezessionstiefpunkt vom Sommer überwunden hat, ist sogar höchst bemerkenswert. Aber die Erholung ist nur unvollkommen, die Produktionsankurbelung überaus langsam und zudem in den verschiedenen Wirtschaftssektoren höchst ungleichmäßig, - mit dem Gesamtergebnis, daß sich der "Mann auf der Straße" eben durchaus noch nicht "über den Berg" fühlt und, auch wenn er von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit nicht persönlich betroffen ist, immer noch höchst besorgt auf den Gang der Entwicklung blickt. Zweifellos sind diese Dinge zur Zeit sein Sorgenkind Nummer Eins, - und zweifellos werden es auch diese Dinge sein, die am 4. November, dem Tag der nächsten Neuwahlen für den amerikanischen Kongreß (und zugleich für die Mehrzahl aller Gouverneure der Gliedstaaten) seine Stimmabgabe bestimmen und beeinflussen werden.

Demokraten als Sieger erwartet

Beide politische Parteien Amerikas, Republikaner wie Demokraten, geben ganz offen und ohne Einschränkung zu, daß aus den Wahlen des 4. November die oppositionelle Demokratische Partei als Siegerin hervorgehen wird, - eine Erwartung, der die Einen mit Genugtuung und die Anderen mit Bitterkeit entgegenblicken. Die Republikanische Partei befindet sich schon seit Jahr und Tag in einem seltsamen Schwächezustand: es gelang ihr zwar zweimal hintereinander, 1952 und 1956, mit einem über alle Maßen populären Kandidaten, General Eisenhower, die Präsidentschaft zu erobern, aber die Partei selber profitierte wenig (und beim zweiten Mal, 1956, überhaupt nicht) davon. Millionen Amerikaner spalteten ihre Stimmabgabe: sie stimmten für den Republikaner, für das Weiße Haus, und für die Demokraten für den Kongreß; sie trauten dem Mann Eisenhower, aber sie trauten nicht der Partei, die ihn aufgestellt hatte. Es besteht keinerlei Anlaß, anzunehmen, daß sich heute diese Einstellung geändert hat.

Im Gegenteil; bei den Kongreßwahlen 1958, die "Halbzeitwahlen" sind, d.h. in der Mitte des präsidentiellen Amtstermins stattfinden, steht das Amt des Präsidenten nicht zur Wahl, und kein populärer

Eroberer des Weissen Hauses könnte gleichsam die diversen Parlamentskandidaten seiner Partei an seinen Ruckschößen zum Siege schleppen. Vor allem aber wird die heutige Lage dadurch charakterisiert, daß sich in der Regierung Eisenhower, die nun seit sechs Jahren antwort, Müdigkeitserscheinungen bemerkbar machen, eine Art "Abnutzung" der Regierungsmaschinerie, die sogar Eisenhowers persönliche Beliebtheit im Volk ein wenig reduziert hat. Die Rezession, die außenpolitischen Spannungen und der Finanzskandal, der Eisenhowers engsten Mitarbeiter Sherman Adams vor kurzem zum unfreiwilligen Rücktritt zwang, haben den republikanischen Parolen früherer Wahlgänge "Frieden, Wohlstand und saubere Verwaltung" ganz erheblich den Wind aus den Segeln genommen, und das wird sich unvermeidlich am Wahltag erweisen.

Weitgehende politische Folgen

Die politischen Folgen eines demokratischen Wahlerfolges dürften erheblich sein, wenn auch das Kabinett Eisenhower schon die letzten zwei Jahre gelernt hat, mit einem von der demokratischen Opposition beherrschten Kongreß auszukommen. Aber eine Verstärkung der bisher recht knappen demokratischen Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses muß zwangsläufig einen spürbaren Linksruck in der amerikanischen Innenpolitik herbeiführen. Bekanntlich ist es nicht ganz richtig, die Demokratische Partei - eine Koalition verschiedenartiger Strömungen und Interessen, wie jede amerikanische Partei - nach europäischen Maßstäben als "Linkspartei" zu bezeichnen, aber in den industriellen Großstädten des Nordens wie in den Agrarsektor des Mittelwestens trägt sie unbestritten einen ausgesprochen reformerischen, fortschrittlichen Charakter auf der Linie ihrer früheren Bannerträger Roosevelt, Truman und Stevenson; konservativ oder gar reaktionär ist ja primär nur ihr Flügel in den Südstaaten.

Der Süden aber schießt schon heute fast ausnahmslos Demokraten in den Kongreß, weil es eine Republikanische Partei im Süden praktisch kaum gibt. Jede Stimmvermehrung der Demokraten und jede Sitzzunahme der Demokraten kann daher zwangsläufig nur im Zwei-Parteien-Norden erfolgen und nicht im Ein-Partei-Süden, wo es kaum Republikaner gibt, denen man einen Sitz abnehmen kann, außer in drei oder vier Randdistrikten. Innerhalb der Demokratischen Kongreßfraktionen muß sich also das Schwergewicht von den konservativen Südvertretern zu den liberalen Nordvertretern verlagern; nicht die demokratische Sitzvermehrung im Parlament bedeutet Linksruck, sondern die Verstärkung des fortschrittlichen Blocks innerhalb der Demokratischen Fraktion.

Verstärkter Reformeifer

Eine Verstärkung der fortschrittlichen Elemente im Kongreß wird den seit dem Ende der Ära Truman erlahmten Reformeifer der Regierung erneut anzukurbeln suchen. Steuerliche, sozialpolitische und wirtschaftspolitische Reformen drängen sich auf vielen Gebieten auf; darüber hinaus aber wird man, in Bezug auf die Kernfragen der Außenpolitik, der Außenhandelspolitik und der Position Amerikas in der Welt von den bevorstehenden Pendelschwung keine umstürzenden Neuerungen zu erwarten haben. Vielleicht drängen sich in dem Wahlkampf neue Persönlichkeiten in den Vordergrund, die 1960, wenn beide Parteien vor der Nominierung ihrer neuen Kandidaten für das Präsidentenamt stehen, dann als Anwärter in Betracht kommen, und vielleicht heischen die stürmischen Echos des Wahlausfalls der "älteren" Regierung Eisenhower neue Aktivitätsimpulse ein: keine umstürzenden Dinge gewiss, mehr oder weniger normale Erscheinungen des Auf und Ab der amerikanischen Innenpolitik, - aber doch bemerkenswert genug, um die Aufmerksamkeit der Umwelt zu verdienen.

Eine unverständliche Entscheidung

bg - Nach monatelangen Tauziehen ist am 6. Oktober im Bundesernährungsministerium eine der typischen Entscheidungen gefallen, die ein Ausweichen in Richtung des geringsten Widerstandes bedeutet. Die Landwirtschaftsminister der Bundesländer haben einer Änderung der Milchpreisverordnung zugestimmt, die im November im Bundesrat beraten und zu Anfang des Jahres 1959 in Kraft treten soll. Sie bringt die Erhöhung des Trinkmilchpreises für lose Milch um 1 Pfg. je Liter von bisher 43 Pfg. auf 44 Pfg. Wenn diese Heraufsetzung auf den ersten Blick nicht sehr schwerwiegend zu sein scheint, so ist sie doch im Prinzip zu verurteilen, denn man will gerade diejenige Trinkmilch im Preis erhöhen, die von den ärmeren Schichten unserer Bevölkerung gekauft wird. Wieviele Leute heute noch lose Milch kaufen, geht aus der Denkschrift zur wirtschaftlichen Lage des Milchhandels, herausgegeben vom "Zentralverband des Deutschen Milchhandels", hervor. Danach beträgt der Verkauf von loser Milch anteilmäßig am Warensortiment des Milchhandels durchschnittlich 50% oder 70 - 80% des reinen Trinkmilchumsatzes!

Mit dieser Trinkmilchpreiserhöhung hat der Bundesernährungsminister seine bisherige Haltung zugunsten der Verbraucher aufgegeben, denn laut "Deutscher Milchhandelszeitung" vom 30. Mai war er im gleichen Monat dieses Jahres noch grundsätzlich der Auffassung, daß eine Belastung des Verbrauchers nur im Zusammenhang mit der Hauszustellung von Milch erfolgen dürfe.

Zu der jetzt getroffenen Regelung wird argumentiert, daß eine Heraufsetzung des Flaschenmilchpreises auf Grund allgemeiner agrarwirtschaftlicher Rücksichten nicht zweckmäßig gewesen sei. Sie hindere die erwünschte Steigerung des Milchverbrauchs, und schließlich sei es das Endziel, eines Tages sämtliche Milch als Flaschenmilch oder verpackte Milch abzusetzen. Wie wenig stichhaltig diese Argumente sind und wie weit wir noch von einem allgemeinen Konsum abgepackter Milch entfernt bleiben, zeigen obige Zahlen.

Es muß daher nochmals betont werden, daß gerade diejenigen mehr Geld für die Aufbesserung der Milchhandelsspanne des Milchhandels zahlen sollen - denn darum geht es in diesem Falle -, die das wenigste Geld zur Verfügung haben. Die Verbraucherseite erklärte von Anfang an kategorisch, daß es geradezu widernatürlich sei, zugunsten einer kostendeckenden Milchhandelsspanne den Milchpreis zu erhöhen. Auf dem Verhandlungswege aber erklärten sich schließlich die Gewerkschaftsvertreter an-

gesichts der unbestrittenen Notwendigkeit der Angleichung der Milchhandelspreise bereit, etwas zur Behebung der Notlage des Milchhandels beizutragen, aber nur unter der Bedingung, daß auch die Landwirtschaft ihren Teil entrichte. Auf die jetzige Form der Verbraucherpreisverhöhung hatten sich die Gewerkschaftsvertreter aber keineswegs festgelegt. Eindeutig muß gesagt werden, daß sie dazu nicht um ihre Meinung gefragt wurden.

Die Erhöhung des Verbraucherpreises erfolgt auch nicht einmal im Sinne des Milchhandels selbst, denn noch im Januar 1958 schreibt der "Zentralverband des Milchhandels" in seiner "Dankschrift zur wirtschaftlichen Lage des Milchhandels", eine Erhöhung des Verkaufspreises bewirke gleichfalls eine Erhöhung der Umsatzsteuer, welche aus der Handelsspanne getragen werden müsse. Hier sei noch darauf hinzuweisen, daß eine Umsatzsteuer für Milch nur noch beim Milcheinzelhandel erhoben werde.

Der Bundesregierung muß der Vorwurf gemacht werden, keinen der Wege beschritten zu haben, der ihr von sich aus zur Lösung der Frage offenstand. Nicht einmal die Streichung der Umsatzsteuer auf der Milchhandelsstufe wurde für möglich gehalten. Sie hätte dem Finanzminister gerade 18 Mio. DM Steueranfall gebracht. Angesichts eines Gesamthaushalts von 38 Mrd. DM eigentlich eine Lappalie! Muß es nicht schlecht um einen Staatshaushalt stehen, dem ein solch geringer Nachlaß zugunsten eines notleidenden Berufsstandes unmöglich erscheint? Dem Milchhandel aber hätte allein der Fortfall der Umsatzsteuer 0,65 Pfg. je Liter Milch gebracht. Im Verein mit einigen zusätzlichen Maßnahmen wäre damit die gleiche Wirkung erreicht worden.

Die Landwirtschaft als Erzeugerseite scheint angesichts des seit Jahren steigenden Erzeugerpreises bereit, ihrerseits einer kleinen Beitrag von 0,8 Pfg. pro Liter zu liefern. Sie sollte ja auch ein Interesse daran haben, den Handel zufriedenzustellen, der die Milch in mühseliger Arbeit von Haus zu Haus trägt. Sollte nicht letzten Endes im "Grünen Plan" noch ein Posten vorhanden sein, aus dem man dem Milchhandel helfen kann? Denn nur ein zufriedener Handel dürfte sich in ausreichendem Maße um die für die Landwirtschaft so notwendige Milchwerbung und den Milchverkauf kümmern.

Bleibt noch zu erwähnen, daß ein altes, sozialdemokratisches Anliegen, nämlich die Auflockerung der bürokratischen Milchmarktordnung, auch hier wieder unberücksichtigt blieb. Es gehört nicht viel Prophetengabe dazu, um vorauszusagen, daß sie in nicht allzu ferner Zukunft doch der einzige Ausweg bleibt. Denn eine Lösung des Problems bringt die jetzt beabsichtigte Maßnahme nicht.

Sagt die CDU wieder "Nein"?

sp - Millionen Mitteldeutsche haben mit innerer Anteilnahme die denkwürdige Sitzung des Bundestages in Berlin auf sich einwirken lassen und viele davon haben die Hoffnung geschöpft, daß die großen Parteien des Bundestages in ihrem Willen einig sind, nach neuen Wegen zu suchen, die geeignet sind, das Elend der deutschen Spaltung zu überwinden. Vom Bundestag erhielt die Bundesregierung den Auftrag, jede Verhandlung zu unterstützen, die den Weg zu einer freien Willensentscheid des deutschen Volkes ebnet, sobald eine Vereinbarung der vier Mächte diese Möglichkeit erschlossen hat. Soll diese denkwürdige Willenskundgebung des Bundestages nur eine deklaratorische Betätigung bleiben, ohne Bedeutung für eine in die Zukunft weisende Politik?

Die Sozialdemokratie hat in Berlin nicht auf die Behandlung ihres Antrages, der einmütig für "Innerdeutsche Regelungen" vorsah, bestanden, wohl aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie ihn in den künftigen parlamentarischen Verhandlungen in Bonn zum Prüfstein für den Willen der Regierungsparteien machen wird, selbst an der innerdeutschen Entkantung mitzuwirken. Die Kernpunkte dieses Antrages sind der dritte und der siebente Punkt. Sie lauten Punkt III:

Das Amt hat die Aufgabe, alle Dienststellen der Bundesrepublik, die mit innerdeutschen Regelungen (Interzonenhandel, Verkehr, Justiz, Post usw.) befaßt sind, zusammenzufassen und ihre Arbeit zu koordinieren;

innerdeutsche Fragen mit allen beteiligten Stellen und Personen zu erörtern, Meinungsverschiedenheiten abzuklären und Vereinbarungen zur Regelung vorzubereiten;

Vorschläge zur Regelung innerdeutscher Fragen zu unterbreiten.

Punkt 7: "Sollte von den vier Mächten ein Ausschuss zur Lösung innerdeutscher Fragen bestellt und die Zuziehung von Sachverständigen aus der Bundesrepublik beschlossen werden, so sollen die Beauftragten mit der Wahrnehmung dieser Beauftragung betraut werden."

Die Aufgabenstellung dieses zu schaffenden Amtes ist, wie aus den zwei entscheidenden Abschnitten des sozialdemokratischen Antrages hervorgeht, klar umrissen; sie lassen keine andere gearteten Deutungen zu. Genau über das geschieht von maßgeblichen Kreisen der CDU. Schon in Berlin lief, von Bundeskanzler Adenauer selbst gesprochen, das böse Wort, dies habeute den "Tag nach Pankow". Der Bundeskanzler und CDU-Chef blüht mit dieser Kennzeichnung sich selbst treu, er kann es eben nicht lassen, der deutschen Sozialdemokratie Absichten zu unterstellen, die durch deren Politik klar widerlegt werden. Andere CDU-Politiker, mit mehr Skrupeln behaftet, unterstel-

len der Opposition diese Absicht zwar nicht, aber sie strapazieren reichlich das Grundgesetz, mit dem der Antrag angeblich nicht zu vereinbaren sei. Hier ist zu fragen: Verstieß der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Kemmer, gegen das Grundgesetz, als er s. Zt. die Schaffung mehrerer Treuhandsstellen für die Regelung innerdeutscher Fragen befürwortete?

Die CDU will die interfraktionellen Gespräche, die in Berlin innerhin zu dieser gemeinsamen EntschlieÙung geführt hatten, weiterpflegen, aber sie stellt daran geradezu ultimative Bedingungen, wie etwa die, daß man über die Substanz des sozialdemokratischen Antrags nicht verhandeln könne. Der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, und andere berufene Sprecher haben nun wiederholt und in aller Deutlichkeit klargemacht, daß sie ihren Antrag nicht als ein Postulat betrachten, an dem sie nichts ändern wollen und über das nicht zu diskutieren sei. Über diesen Antrag läßt sich gewiß verhandeln, nur nicht darüber, daß er seiner Substanz, die in diesen zwei oben erwähnten Punkten enthalten ist, entblößt werden solle. Die alles bewegende Frage ist doch die: wie kommt die Deutschlandpolitik über den toten Punkt hinweg, was kann und was muß von deutscher Seite aus geschehen, um selbst einen Beitrag zu leisten, der den Prozeß der Entfremdung aufhält, der in so schrecklichen Tempo abläuft?

Die CDU oder vielmehr maßgebliche Teile der CDU beharren trotz des klaren Auftrages, den der Bundestag in Berlin der Regierung erteilte, auf Positionen, die sich schon in der Vergangenheit als unfruchtbar erwiesen haben und uns in der Zukunft nicht weiterbringen werden. Geschlossen betonte die CDU in Berlin ihren Willen, mit den anderen Fraktionen des Bundestages, alle Schritte zur Überwindung des deutschen Notstandes zu tun, - in der trüben Bonner Atmosphäre ist von diesem Willen leider nicht mehr sehr viel zu spüren. Er erschöpft sich jetzt in einem "Nein" zu Vorschlägen und Ideen, deren Verwirklichung wohl geeignet wären, dem deutschen Volk und der Welt den überzeugenden Beweis zu liefern, daß von freien Teil Deutschlands aus alles geschieht, um wieder eine Nation und ein Vaterland zu werden. Hat der Geist von Berlin so wenig Bestand?

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel